

möge alles beim Alten belassen. Der Kriegs- und Domänenrat setzte auf einen allmählichen Wandel und lehnte Zwangsmaßnahmen ab. Der Präsident der Kammer, Valentin von Masow, folgte schließlich der Empfehlung.

Die auf einer Kommunikation zwischen Verwaltung und Untertanen beruhende Beobachtungen und Informationen machen deutlich: Alle an der Herrschaft beteiligten Personen besaßen ein gewisses Maß an Teilhabe – selbst geringe Kötter. Durch Gehorsam oder Widerspruch verdeutlichten die Untergebenen ihre Beziehung zum Verwaltungsalltag, die Obrigkeit war auf Akzeptanz angewiesen. Überdies waren der Amtmann und auch die Kriegs- und Domänenräte als eigenständige Akteure tätig. Die Partizipation aller Akteure existierte, bevor es ein Wahlrecht gab, so dass die Feudalzeit weder durch Rechtlosigkeit noch durch Unmündigkeit gekennzeichnet war. Orts- und Personenregister erleichtern den Zugang in die Geschichte dieser heute weitgehend fremden vormodernen Welt.

Münster

Peter Burg

STADT- UND ORTSGESCHICHTE

Johannes *Altenberend*/Burkhard *Beyer* (Hg.), *Akzisestädte im preußischen Westfalen. Die Stadtrechtsverleihungen von 1719 und die Steuerpolitik König Friedrich Wilhelms I. Beiträge der Tagung am 23. März 2019 in Bielefeld* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, N.F. 57/22. Sonderveröffentlichung des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg). Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2020. 360 S., geb., € 29,-.

Borgholzhausen, Bünde, Enger, Halle, Preußisch-Oldendorf, Versmold, Vlotho und Werther haben etwas gemeinsam: Alle acht Orte liegen in der ehemaligen Grafschaft Ravensberg und allen verlieh König Friedrich Wilhelm I. vor 300 Jahren das Stadtrecht. Dieses Jubiläum haben die Städte zum Anlass für eine, der Presseberichterstattung zu Folge, gelungene und gut besuchte Wanderausstellung genommen. Zudem haben der Historische Verein für die Grafschaft Ravensberg und die Historische Kommission für Westfalen im März 2019 eine wissenschaftliche Tagung im Bielefelder Stadtarchiv organisiert. Hervorgegangen aus diesen Aktivitäten rund um „300 Jahre Stadtrecht“ ist der vorliegende Sammelband, in dem sechs der Akzisestädte ausführlicher vorgestellt werden.

Der König in Preußen als Landesherr über die Grafschaft verlieh das Stadtrecht, um die Akzise einführen zu können. Die Akzise war vor 300 Jahren die von Ökonomen und Staatstheoretikern bevorzugte Steuerform, da sie auf nahezu alle Verbrauchsgüter sowie auf Immobilien und Viehbesitz erhoben werden konnte. Eingangs macht Mechthild Black-Veldtrup auf die komplexe Überlieferung zur Einführung der Akzise in den westfälischen Orten aufmerksam und betont, dass die Archivalien in Münster (Provinzialüberlieferung) und Berlin (Zentralüberlieferung) verwahrt werden. Sie macht deutlich, dass die Städte mit ihren Lokalbehörden zwar der unterste, nicht jedoch der unwichtigste Teil der gesamtpreußischen Verwaltung waren.

Im ersten Teil des Sammelbandes sind Beiträge versammelt, die den Grundsätzen und Folgen der Stadtrechtsverleihungen nachgehen. Werner Freitag stellt zunächst Minden-Ravensberg im 17. und 18. Jahrhundert vor, als es vom brandenburgischen Kurfürsten bzw. ab 1701 König in Preußen regiert wurde. Er unterstreicht, dass die Integration des Territoriums weitgehend „im Konsens“ (S. 22) erfolgte und dieser auch im preußischen „Einheitsstaat“ (S. 26) weiterhin ausgehandelt werden musste. Sebastian Schröder, der mit insgesamt fünf Beiträgen vertreten ist, erläutert die Akzise- und Städtereformen. Der König habe seine Reformen mit der Verbesserung der Wirtschaft, steigenden Einnahmen und Vermehrung der Bevölkerung begründet. Die Finanzierung des Militärs spielte zudem eine wichtige Rolle in seinen Plänen, zu deren Umsetzung er eine Kommission einsetzte. Schröder analysiert ihr Vorgehen, das schließlich zur Verleihung des Stadtrechts an Orte mit wirtschaftlicher „Vorangstellung“ (S. 33) führte. Eine kommentierte Edition des Stadterhebungsedikts rundet seinen Beitrag ab. Er betont, dass die wirtschaftspolitische Maßnahme des Königs sich nicht auf Ravensberg beschränkte, daher folgen Beiträge von Stefan Gorißen über die Akzise- und Städtepolitik in Kleve-Mark sowie von Christof Spannhoff in Tecklenburg. Spannhoff kann aufgrund seiner Archivrecherchen endlich das korrekte Datum der Stadtrechtsverleihung an Westerkappeln belegen (S. 176). Gorißen hebt hervor, dass sich die Modellrechnungen zur Einführung der Akzise in der „steuerpolitischen Realität“ (S. 148) der folgenden Jahrzehnte nicht bewahrheiteten und Friedrich II. daher 1767 die Akzise gegen ein Fixum ersetzte.

Wilfried Reininghaus zeigt die Entwicklung der Akzisestädte am Ende des Alten Reiches auf. Er analysiert die „Historischen Tabellen“, umfangreiche systematisch erhobene statistische Sammlungen, die Auskunft über den Zustand der Grafschaft gaben. Er fragt, inwieweit die Reformen zur Konzentration des zünftischen Handwerks auf die Städte beitrugen und kommt zu dem Ergebnis, dass auch das Landhandwerk weiterhin bestand. Einen gelungenen Überblick über die Situation der jüdischen Bevölkerung in den neuen Landstädten gibt Bärbel Sunderbrink. Sie betont, dass Juden zwangsweise umgesiedelt wurden, damit der Landesherr von ihrer „wirtschaftlichen Betätigung steuerlich“ (S. 119) profitieren konnte. Allerdings sei der Plan nicht aufgegangen, da die meisten arm waren und durch die „Judenpolitik“ (S. 126) mit Schutzzöllen und Sondersteuern bis zur Errichtung des Königreichs Westphalen auch arm blieben.

Der zweite Teil des ansprechend gestalteten Sammelbands ist den „lokalen Perspektiven“ vorbehalten. Nicht für alle acht Akzisestädte liegen Beiträge vor, aber dafür wird auch Bielefeld vorgestellt, das bereits seit dem Mittelalter über Stadtrecht verfügte. Jochen Rath bemerkt „eine merkliche Veränderung“ (S. 179), da mit der königlich verordneten Rats- und Finanzordnung die kommunale Selbstverwaltung endete. Er betont, dass die Abschaffung der von den berufsständischen Ämtern gewählten Vertreter deren „vollständige Entmachtung“ (S. 194) bedeutet habe, was zu einem von der Forschung bislang wenig beachteten Aufruhr geführt habe. Darüber hinaus wertet er die Jahresrechnungen zwischen 1719 und 1806 aus und belegt, dass durch die Einführung der neuen Steuer die jährliche Neuerschuldung der Stadt gestoppt wurde (dazu Tabellen S. 206-208). In dem von der Herstellung von Garn und Leinen geprägten Ort Halle hingegen, so zeigt es Katja Kosubeck auf, „triumphierte der kalte Rechengeist“ (S. 209). Im Zuge der Stadtreformen wurde das Gogericht 1719 abgeschafft, was Ausdruck des Verlusts an Macht, Einfluss und Geld war, den die Haller Eliten zugunsten preußischer Staatsräson erlitten hätten. Rolf Westheider beschreibt die Entwicklung von Versmold, einer von der Leinenherstellung geprägten Stadt. Er klärt zunächst die Begrifflichkeit „Löwend“ (S. 222) für die grobe Hanfleinwand, die in Versmold für den Weltmarkt produziert wurde. Die Gewerbepolitik wurde nach Westheider von 1720 bis Mit-

te des 19. Jahrhunderts maßgeblich von der einflussreichen Familie Delius geprägt. Dem regionalen Hauptmarkt für Moltgarn, Bünde, und seiner Geschichte bis ins 19. Jahrhundert wendet sich Norbert Sahrhage zu. Er unterstreicht, dass die Stadt vom Anschluss an das Eisenbahnnetz und der Herstellung von Zigarren profitierte und zur „boomtown“ (S. 303, nach Brakensiek) wurde. Sebastian Schröder beschreibt die Anstrengungen von Enger, das sich sogar auf Sachsenherzog Widukind als Gewährsmann für die Bedeutung des Örtchens berief. Die königliche Kommission hatte sich gegen die Erhebung zur Stadt ausgesprochen, wogegen der Ort sich erfolgreich wehrte und 1720 bis 1729 sowie ab 1734 Akzisestadt unter Aufsicht von Magistrat und Steuerrat wurde. Diesen komplexen „Stadtwerdungsprozess“ (S. 274) analysiert Schröder akribisch und zeigt die Praktiken der landesherrlichen Verwaltung ebenso wie die Kommunikationsformen zwischen den Beteiligten auf, die Rückschlüsse auf die wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen vor Ort ermöglichen. Schröder wendet sich sodann gemeinsam mit Inge Wienecke der städtischen Entwicklung von Vlotho seit dem Mittelalter zu. Der Ort war vom Handel und von der Schifffahrt auf der Weser sowie von der Leinenproduktion geprägt. Die Tätigkeit des 1719 eingesetzten Steuerrats und seine Rolle als Vermittler werden ebenso aufgezeigt wie die des bestellten Magistrats, wobei das Mitgestalten der Vlothoer deutlich wird. Abschließend wird die Entwicklung bis ins späte 20. Jahrhundert nachgezeichnet.

Jeder der Beiträge ist für sich genommen gut lesbar und informativ, der Sammelband bietet insgesamt eine grundlegende Darstellung zu steuerpolitischen Maßnahmen und Verwaltungshandeln im kommunalen Kommunikationsraum. Hervorzuheben sind die zahlreichen meist farbigen Abbildungen, Tabellen, Stadtpläne und Karten. Der Sammelband ist hervorgegangen aus einer wissenschaftlichen Tagung, gleichwohl aber richtet er sich auch an interessierte Laien. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Akzisestädte in den westlichen Territorien des Königreichs Preußen ist, wie es Freitag einleitend hervorgehoben hat, Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Heimat und trägt auf diese Weise zur Stärkung der regionalen Identität bei.

Berlin

Pauline Puppel

Detlef *Grothmann*/Evelyn *Richter* (Hg.), Geseke. Geschichte einer westfälischen Stadt, 2 Bde. (Bd. 2 in zwei Teilbänden). Aschendorff Verlag, Münster 2017/20. 800 und 1.294 S., geb., € 24,90 und € 38,-.

Die Stadt Geseke blickt auf eine lange und reiche Geschichte zurück. Urkundlich bereits im 9. Jahrhundert erwähnt, nahm das Gemeinwesen mit der 952 bestätigten Gründung des adeligen Damenstiftes Geseke allmählich Gestalt an. Aus der *civitas* entwickelte sich im 13. Jahrhundert die privilegierte Stadt. Geseke gehörte zu den 25 Gemeinwesen im kurkölnischen Herzogtum Westfalen, die Stadt- oder Freiheitsrechte besaßen. Wie die meisten dieser Städte bestimmten Landwirtschaft und Handwerkerschaft, aber auch frühbürgerliches Gewerbeleben die soziale Realität. Zur Zeit der zweiten Reformation erlangte sie Stadt überregionale Bedeutung, indem sie sich zu einem Vorreiter der Reformation unter dem Landesherrn Gebhard Truchsess entwickelte. Im späten 19. Jahrhundert kam es bedingt durch den Eisenbahnanschluss zu einer verhaltenen Industrialisierung durch das Zementgewerbe.

Ein lokales Geschichtsbewusstsein entwickelte sich bereits im 17. Jahrhundert. Ortsge-schichten der unterschiedlichsten Couleur suchten der Bedeutung des Ortes gerecht zu wer-